

Sexismus gegen Rote Karte DIE LINKE.



Zeit für linken Feminismus

Frauen haben in den vergangenen Jahrhunderten viel erreicht. Wir dürfen wählen. Jeden Beruf ergreifen, sofern wir einen Ausbildungsplatz bekommen. Studieren, wenn wir uns das leisten können. Arbeiten gehen, ohne jemanden um Erlaubnis bitten zu müssen. Frauen genauso lieben wie Männer. Heiraten, wen wir wollen, oder das sein lassen. Uneheliche Kinder bekommen, ohne einen amtlichen Vormund am Hals zu haben. Ja, wir haben viel erreicht. Aber: In Zeiten himmelschreiender sozialer Ungerechtigkeit, erstarkender rechter Kräfte und zunehmender Militarisierung bleibt viel zu tun. Und: Macht und Geld sind noch immer fest in den Händen der Männer. Die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet. Wir müssen und werden sie weiter voranbringen.

Wir streiten für Gleichstellung, damit Frauen und Männer gleich viel verdienen, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben, sich zu Hause die Arbeit gerecht aufteilen und Erniedrigung und Gewalt ein Ende haben.

Doch Gleichstellung ist nur ein Etappenziel. Wir wollen grundlegend was ändern. Wir brauchen soziale Gerechtigkeit, ökologischen Umbau und Solidarität statt individuellem »sich Durchschlagen« gegen Männerdominanz und Konkurrenz. Geschlechtergerechtigkeit heißt Befreiung für alle von den kapitalistisch-patriarchalen Fesseln. Das ist linker Feminismus.



Radikal umverteilen: Arbeit draußen und zu Hause

Nicht nur Frauen, auch vielen Männern gefällt nicht, dass Kind oft weniger Zeit mit Vätern verbringen als mit Müttern. Nur mit neuen Arbeitszeitmodellen für alle wird sich die heutige Arbeitsteilung ändern, bei der Frauen den Löwenanteil der Arbeit für Haushalt, Kinder oder Pflege tragen.

Während die einen ihren Teilzeitjob gern aufstocken würden, müssen die anderen Überstunden schieben, weil die Firma es verlangt oder das Gehalt sonst nicht reicht. Dabei ist genug Arbeit für alle da, wenn sie gerecht und nach unseren jeweiligen Bedürfnissen verteilt wird. Wir kämpfen dafür, dass Vollzeit nicht mehr 40 Stunden sind, sondern rund 30 – perspektivisch noch kürzer. Denn das Leben dreht sich nicht allein um den Job. Statt kapitalistischem Wachstumszwang, Stress und Konsum brauchen wir Zeit füreinander und die Möglichkeiten für eine ökologische Lebensweise.

Wir brauchen auch ein Umdenken, wie Familienarbeit besser verteilt und anerkannt werden kann. Viele Frauen werden zwischen diesen Verpflichtungen und der Erwerbsarbeit zerrieben, nicht selten landen sie in der Hartz-IV-Falle. Öffentliche Angebote für Kinderbetreuung oder eine professionelle Rund-um-die-Uhr-Pflege müssen ausgebaut werden. Wir brauchen einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf Freistellung von bis zu sechs Wochen für die akut notwendige Pflege von Angehörigen – bei voller Bezahlung.

Zeit für linken Feminismus DIE LINKE.

Leben in Würde statt in Angst und Armut

Im reichen Deutschland leben fast 14 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Frauen sind viel häufiger betroffen als Männer. Das Armutsrisiko alleinerziehender Mütter ist viermal höher als das verheirateter. Für Frauen kann die Scheidung ein finanzielles Fiasko sein. Viele Frauen, die heute noch einigermaßen über die Runden kommen, haben Angst davor, dass im Alter das Geld nicht reicht. Weil Frauen weniger verdienen als Männer, ist ihre Rente fast 60 Prozent niedriger.

Wir wollen, dass niemand Angst vor Armut haben muss – weder Studierende noch Alleinerziehende oder Hartz-IV-Betroffene und Rentner*innen. Eine Mindestsicherung ohne Sanktionen, die garantiert vor Armut schützt, muss bei Bedarf jeder und jedem zustehen – einfach weil wir Menschen sind. Gerade Frauen sollen selbstbestimmt leben können, statt in Existenzängsten gefangen oder von einer Partnerschaft finanziell abhängig zu sein.



Gerecht verdienen

Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt. Es gibt typische Frauen- und Männerberufe. Frauen verdienen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer – in vielen Bereichen trotz gleicher Qualifikation und gleicher Arbeit. Das geschieht, weil Tätigkeiten von Frauen systematisch abgewertet werden. Wir fordern ein Gesetz, das solche Ungerechtigkeiten beendet. Und ein Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht allein vor Gericht ziehen müssen, wenn sie gegen Unterbezahlung klagen.

Ein weiterer Grund für die geringen Einkommen von Frauen sind Teilzeitjobs. 70 Prozent aller Mütter arbeiten in Teilzeit. Nicht wenige möchten zurück auf eine Vollzeitstelle, aber der Arbeitgeber lässt sie nicht. Deshalb brauchen wir ein Rückkehrrecht auf Vollzeit, das für alle Betriebe und Einrichtungen gilt.

Fast ein Drittel aller Arbeitnehmerinnen ist prekär beschäftigt – im Niedriglohnsektor, befristet oder in Leiharbeit. Gerade für sie ist es wichtig, dass der Mindestlohn weiter steigt und das Arbeitsverhältnis unbefristet ist.



Wer sich professionell um andere sorgt, seien es Kinder, Alte oder Kranke, verdient gesellschaftliche Anerkennung – nicht nur, aber auch finanziell. Beschäftigte im Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesen – das sind vor allem Frauen – müssen mehr verdienen. Und sie brauchen bessere Arbeitsbedingungen. In der Alten- und Krankenpflege fehlen insgesamt 160 000 Beschäftigte. Das ist nicht nur für das Personal eine große Belastung, sondern auch für die Patient*innen und ihre Angehörigen.

Familie und Wahlverwandtschaften

Lebensentwürfe und Familienformen sind heute vielfältig und alle sind gleichwertig. Deswegen soll die Förderung durch Staat und Gesellschaft in Zukunft nicht Ehepaaren, sondern all denjenigen zu Gute kommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben. Auch bei den Rentenansprüchen muss die geleistete Sorge-Arbeit viel stärker gewichtet werden.



Die staatliche Subventionierung des Alleinernter- oder Zuverdienerinnen-Modells wollen wir beenden. Das ungerechte Ehegattensplitting muss durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt werden. Nicht nur Paare in monogamer Zweierbeziehung übernehmen Verantwortung füreinander. Deswegen wollen wir die Ehe durch Wahlverwandtschaften und Co-Elternschaft ergänzen.

Reproduktionsmedizin soll auch nicht-verheirateten, lesbischen und Single-Frauen durch Kostenübernahme der Krankenkasse zur Verfügung stehen. Jede Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen, queeren und asexuellen Menschen muss aufhören. Das gilt auch für Kirchen und Religionsgemeinschaften als Arbeitgeber.

Grenzenlos feministisch

Als LINKE stehen wir an der Seite jener, die sich für Bewegungsfreiheit, Grundrechte, Frieden und soziale Absicherung einsetzen – auf der ganzen Welt. Gerade für Frauen sind Krieg und Flucht gefährlich und lebensbedrohlich. Deswegen treten wir ein für den Stopp deutscher Waffenexporte und für zivile Konfliktlösung.



Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Wir wollen die solidarische Einwanderungsgesellschaft gestalten. Wir fordern ein flächendeckendes Programm, um Geflüchtete und Migrantinnen dabei zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir setzen auf ein einladendes »Wir, die hier leben«. Das ist vielfach bereits gelebte Praxis in den Kommunen, auf der Arbeit und in der Freizeit, bei Gewerkschaften genauso wie in Sportvereinen und migrantischen Organisationen. Wie viel Offenheit und Engagement in unserer Gesellschaft vorhanden ist, zeigen die vielen Frauen und Männer, die in der Flüchtlingsolidarität aktiv sind. Zusammen überwinden wir noch jede Grenze.



Rote Karte gegen Sexismus

#metoo steht für die zahlreichen Erfahrungen mit alltäglichem Sexismus und sexualisierter Gewalt. Es geht um mehr als dumme Sprüche oder sexistische Werbung. Es geht ums Ganze. Lasst uns gemeinsam darüber reden!

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und umfassende Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder – ohne Nachweispflichten, die die Frauen zusätzlich belasten oder ihre Sicherheit gefährden.



Weg mit § 218 und § 219a!

Unfassbar: Die Paragraphen 218 und 219a StGB stellen Abtreibung und Information darüber auch heute noch unter Strafe. Frauen wird noch immer das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper vorenthalten. Schluss damit: Die Paragraphen 218 und 219a, die den Schwangerschaftsabbruch nur unter der Bedingung einer Zwangsberatung in den ersten drei Monaten straffrei lassen, müssen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Es braucht ein Gesetz, das den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen wohnortnah garantiert. Wir wollen flächendeckend Beratungsstellen, damit Frauen bei gewollten und ungewollten Schwangerschaften Unterstützung bekommen. Und es braucht gute Rahmenbedingungen für Familien, damit jede Frau, die ein Kind möchte, sich guten Gewissens für eine Schwangerschaft entscheiden kann.

Zur Selbstbestimmung gehört auch der Zugang zu Verhütungsmitteln. Deshalb wollen wir, dass die Krankenkassen die Kosten dafür übernehmen.



... und DIE LINKE?

Wir streiten für eine Gesellschaft, die allen Geschlechtern ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglicht. Wir tun das an zahlreichen Orten, vernetzt mit feministischen Bewegungen und Initiativen.

Mit dem Clara-Zetkin-Preis würdigt DIE LINKE jedes Jahr ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, Gleichstellung fördert oder andere Frauen auf ihrem Lebensweg inspiriert.

LINKE Frauen, Männer und Queers sind aktiv auf der Straße, in den Büros und Betrieben, in den Kitas, Küchen und Krankenhäusern und im Parlament. Wir sind Teil des Frauen*kampftags am 8. März und im Netzwerk für einen Frauen*streik, wir protestieren gegen die »Lebensschützer«, wir sind sichtbar bei den Protesten gegen die europaweite Kürzungspolitik, wir kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege – und vieles mehr. Wir organisieren uns in Gruppen vor Ort, auf Landesebene und bundesweit. Wir lernen und ermutigen einander in solidarischen Arbeitsformen. Wir verändern die Gesellschaft, unsere Partei und nicht zuletzt uns selbst.

Eins ist klar: Ohne uns wird sich niemand auf den Weg machen. Bist Du dabei? Wir freuen uns auf Dich.

Lust mitzumachen? feministische.politik@die-linke.de

Kontakt:
Partei DIE LINKE
Genderbüro für feministische Politik
Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030 / 24 009 340

V.i.S.d.P. Jörg Schindler

- Ich möchte mehr Informationen über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Frau Herr Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen und per Post an oben stehende Adresse oder per Fax an 030/24 00 94 80 senden. Weitere Informationen finden Sie auch im Internet.

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung verarbeitet und nur zum angegebenen Zweck bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

www.die-linke.de/themen/feministische-politik

DIE LINKE.

Her mit dem wapp schönen Leben! !